

15.07.2020

Deutscher Lehrerverband fordert mehr als nur das Aufstellen von Hygienestandards von der KMK

Gut gerüstet ins neue Schuljahr:

10-Punkte-Plan für Unterricht mit (und nach) Corona

Der Deutsche Lehrerverband und seine Mitgliedsverbände DPhV, VDR, BvLB und KEG sehen die Politik in der Pflicht, im nächsten Schuljahr Rahmenbedingungen zu schaffen, die einen möglichst guten Verlauf des kommenden Schuljahrs in Zeiten von Corona gewährleisten. Für das neue Schuljahr sollten die wichtigen Erfahrungen aus der Krise für das Bildungssystem nutzbar gemacht werden. Dazu fordert der Deutsche Lehrerverband die Umsetzung des folgenden 10-Punkte-Plans!

Die Lehrerverbände hoffen, dass die Quote der Infektionen gering genug liegt, um Präsenzunterricht mit möglichst geringem Risiko von Infektionsclustern abzuhalten. Nach wie vor darf die bestehende Gefahr eines wieder zunehmenden Infektionsgeschehens allerdings nicht unterschätzt werden.

Der Deutsche Lehrerverband und seine Mitglieder fordern daher deutlich umfassendere Innovationen in grundlegenden pädagogischen, technischen, gesundheitsrelevanten und schulorganisatorischen Rahmenbedingungen, die zu Beginn des neuen Schuljahrs umgesetzt sein sollten, als nur die heute von der KMK vorgestellten Hygienestandards für das neue Schuljahr.

Ihre gemeinsamen Forderungen an die Kultusminister und Landesregierungen für einen unter den jetzigen Rahmenbedingungen möglichst optimalen Schulstart im Herbst hat das Präsidium des Deutschen Lehrerverbandes in folgendem 10-Punkte-Plan zusammengefasst:

10 Punkte-Plan des DL für Unterricht mit (und nach) Corona

1. Ziel ist der **digital unterstützte Präsenzunterricht** als Regelfall (**Plan A**) auf der Basis eines neu zu erarbeitenden didaktischen Konzeptes. Moderner Unterricht verlangt den Einsatz von digitalen Medien. Dazu müssen sämtliche Schulen in den Sommerferien 2020 so instand gesetzt werden, dass alle Lehrkräfte mit allen Schülern mit den zur Verfügung gestellten eigenen digitalen Endgeräten rechtssicher und datenschutzkonform über die digitale Plattform der Schule kommunizieren und lehrplanbezogen interagieren können. Im Notfall kann der digital unterstützte Präsenzunterricht aufgrund der von Kultus- und Gesundheitsbehörden regional beurteilten Infektionslage durch Fernunterricht phasenweise ersetzt werden (**Plan B**) – mit Teilnahmepflicht, verbindlich zu erreichenden Kompetenzziele und klaren Vorgaben für Leistungserhebungen und -bewertungen.

2. Für den digital unterstützten Präsenzunterricht im Schuljahr 2020/21 müssen neben dem Regelunterricht dauerhaft **Förderangebote** zur Verfügung gestellt werden, um Schülerinnen und Schüler bedarfsorientiert beim Erreichen der angestrebten Bildungsstandards zu unterstützen. Dazu bedarf es der Nutzung aller vorhandenen personellen Ressourcen, um durch größere Lehrerreserven an den Schulen bessere Fördermöglichkeiten und Differenzierungsangebote zu schaffen. Das bedeutet eine schulartspezifische Einstellung zum kommenden Schuljahr über Bedarf bis zu 130 Prozent ebenso wie den Einsatz erheblicher zusätzlicher finanzieller Mittel, um auch kurzfristig deutlich mehr freiwillige Förderangebote zur Verfügung zu stellen.
3. Der digital unterstützte Präsenzunterricht gemäß Plan B ist angepasst an die jeweilige **regionale Infektionslage schulart- und altersspezifisch** durchzuführen.
4. Für die verlässliche Planung des neuen Schuljahrs müssen die Länder die Voraussetzungen für wöchentliche **freiwillige Corona-Testungen** der Lehrkräfte (und Schüler) an der Schule sowie einen Visierschutz zur Verfügung stellen. Praxistaugliche und aerosolvermindernde Lüftungskonzepte müssen zwei Wochen vor Schulbeginn zur Verfügung stehen, sonst kann kein voller Präsenzunterricht stattfinden. Dies gebietet die Fürsorgepflicht des Staates als Arbeitgeber gegenüber seinen Lehrkräften.
5. **Bildungs- und Leistungsstandards** dürfen nicht abgesenkt werden, sondern die Curricula und die Prüfungen sind kompetenzorientiert vollständig zu erfüllen. Schulen und Lehrkräfte entscheiden über die Art und Quantität von Fördermaßnahmen vor Ort. Jede Schule erhält dafür ein zusätzliches Budget.
6. Freiwillige **Wiederholungen auch zur Hälfte des Schuljahres** sollten als flexibles Instrument ermöglicht und von Schülerinnen und Schülern als solches genutzt werden, um kumulierte Lernrückstände nicht erst am Ende des Schuljahres aufholen zu müssen.
7. Digitale **Sprechstunden zwischen Lehrkräften, Eltern und Schülern** sollten in das Unterrichtsdeputat integriert und wöchentlich zweistündig für potentiell versetzungsgefährdete Schüler und deren Eltern sowie für interessierte Eltern und Schüler durchgeführt werden. Dazu ist das Unterrichtsdeputat um mindestens eine Stunde abzusenken.
8. Das **Zusammenwirken von Eltern, Lehrkräften und Schülern** ist zu stärken und besser zu organisieren, um Polarisierungen vorzubeugen und um für die gemeinsame Bewältigung von Krisensituationen besser gerüstet zu sein.
9. Das **Referendariat ist in allen Bundesländern auf die ursprüngliche Dauer** von zwei Ausbildungsjahren anzuheben, damit Referendare sowohl dem erhöhten Anforderungsprofil im Lehrerberuf genügen wie auch für bedarfsorientierten Förderunterricht für Schüler zur Verfügung stehen.
10. **Lebenslanges Lernen** wird nur gelingen, wenn sich Schule als Teil der Gesellschaft inhaltlich mit den Hintergründen der Pandemie auseinandersetzt und Resilienz entwickelt, mögliche weitere Krisen zu bewältigen. Hierfür müssen Schulen neue Inhalts- und Organisationskonzepte entwickeln.

Da bisher niemand voraussagen kann, wie sich nach Schulstart das Corona-Infektionsgeschehen entwickelt, kann es je nach Infektionslage immer wieder z. B. regional oder an einzelnen Schulen oder für einzelne Klassen vorkommen, dass eine Verlagerung des Unterrichts von der Anwesenheit im Schulgebäude auf Distanzlernen mit Hilfe von Online-Medien stattfinden muss. „Ein digital

gestützter Präsenzunterricht ermöglicht Flexibilität“, erläutert der Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, **Heinz-Peter Meidinger**, und fordert: „In der verbleibenden Zeit bis zum Beginn des nächsten Schuljahres müssen alle Schulen in die Lage versetzt werden, mit digitalen Endgeräten rechtssicher und datenschutzkonform über die digitale Plattform der Schule kommunizieren und lehrplanbezogen interagieren zu können. Digital gestützter Präsenzunterricht in den Schulen kann so im Fall der Fälle ziemlich nahtlos auf digital unterstützten Fernunterricht umgestellt werden.“

Jürgen Böhm, Bundesvorsitzender des Deutschen Realschullehrerverbands (VDR), betont: „Im neuen Schuljahr ist es wichtig und vordringlich, eventuelle Defizite, Wissenslücken oder Unterschiede im Lernstand der Schülerinnen und Schüler zu klären und auszugleichen. Es ist eine enorme und sehr verantwortungsvolle Aufgabe, bedarfsorientiert entsprechende Förderangebote und Differenzierungsmöglichkeiten anzubieten.“ Dazu benötige man Lehrkräfte über das übliche Maß und Budget hinaus. Die Ministerien sollten für die Schulen die finanziellen und personellen Ressourcen vorhalten, um z. B. durch integrierte Lehrerreserven auch einen Plan B mit Präsenz- und Fernunterricht im regionalen Notfall schnell und unbürokratisch umsetzen zu können.

Neben den Lerninhalten im Präsenzunterricht und über digitale Wege steht in der aktuellen weltweiten Corona-Krise auch der Gesundheitsschutz der Schulfamilie im Fokus. „Lehrkräfte, Verwaltungspersonal und Schülerinnen und Schüler haben einen Anspruch auf Infektionsprävention! Die Länder und Schulträger müssen im Rahmen ihrer Fürsorgeverpflichtung die Voraussetzungen für wöchentliche freiwillige Corona-Testungen schaffen und praxistaugliche und aerosolvermindernde Lüftungskonzepte vorhalten“, fordert der stellvertretende Bundesvorsitzende des Bundesverbandes der Lehrkräfte für Berufsbildung (BvLB), **Wolfgang Lambl**. „Außerdem sind digitale Sprechstunden zwischen Lehrkräften, Eltern, Auszubildenden und Schülern gerade in Zeiten des Abstandshaltens ein zusätzlicher Weg, um eine bessere Kommunikation zu gewährleisten – damit Lehrkräfte dieses Kommunikationsangebot anbieten können, muss das Unterrichtsdeputat um mindestens eine Stunde abgesenkt werden.“

So notwendig die schnelle Ausstattung in technischer und hygienischer Hinsicht in der aktuellen Situation ist, müssen die Schulen aber andererseits auch langfristig gestärkt werden, um für zukünftige Krisen gerüstet zu sein. "Noch bis vor 20 Jahren waren sich alle Bundesländer erfreulicherweise ungebrochen einig: Schüler brauchen gut ausgebildete Lehrkräfte und der Vorbereitungsdienst umfasste deshalb überall zwei Ausbildungsjahre. Richtig so!", urteilt die DPhV-Vorsitzende **Prof. Dr. Susanne Lin-Klitzing** und fordert eine Rückkehr zum 24-monatigen Referendariat, das in allen Ländern bis auf Bayern z.T. erschreckend heruntergekürzt wurde, und das obwohl die Anforderungen unbestritten stetig gestiegen sind. "Geben Sie sich angesichts der erhöhten Anforderungen an den Lehrerberuf den nötigen Ruck und kehren Sie zum 24-monatigen Referendariat für die kommenden Referendarsjahrgänge zurück", fordert Lin-Klitzing die Kultusminister der Länder auf, "damit der Lehrernachwuchs endlich wieder richtig gut ausgebildet vor die Klassen treten kann, im ersten Ausbildungsjahr für Förderunterricht für Schüler zur Verfügung steht und im zweiten Ausbildungsjahr gut vorbereitet zunehmend Verantwortung für ganze Klassen übernimmt!"

Gerlinde Kohl von der Katholischen Erziehergemeinschaft KEG weist darauf hin, dass Schulen in der Zukunft neue Inhalts- und Organisationskonzepte und Resilienz entwickeln müssen, um mögliche weitere Krisen bewältigen zu können und zum lebenslangen Lernen anzuleiten. „Lebenslanges Lernen bedeutet Bildungsarbeit, die Reflexion und Veränderungsprozesse anregt. Lebenslanges Lernen will Transformation mit Blick auf Nachhaltigkeit und fordert starke Institutionen“, unterstreicht die KEG-Bundesvorsitzende den 10-Punkte-Plan für den Unterricht mit (und nach) Corona des Deutschen Lehrerverbandes.

Für Stellungnahmen erreichen Sie die Mitglieder des Präsidiums des Deutschen
Lehrerverbandes:

DL-Präsident Heinz-Peter Meidinger: 0160 – 52 75 609 und 030/70 09 47 76 –
www.lehrerverband.de

Bundesgeschäftsstelle DPhV, Bundesvorsitzende Prof. Dr. Susanne Lin-Klitzing: 030/
40 81 67 89 – www.dphv.de

Bundesgeschäftsstelle VDR, Bundesvorsitzender Jürgen Böhm: 0 89 / 55 38 76 und
0151 – 11 71 55 89 – www.vdr-bund.de

BvLB-Bundesgeschäftsstellen: 030/ 40 81 66 50 und 0511/ 21 55 60 70 – www.bvlb.de

KEG-Bundesgeschäftsstelle: 089 / 26 02 47 99 – www.keg-deutschland.de

Für den Inhalt verantwortlich: Geschäftsstelle Deutscher Lehrerverband – Anne
Schirmmacher